



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Europäischer Sozialfonds
für Deutschland



Lernen vor Ort

Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen

Lernen vor Ort

Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen



BILDUNG

Ideen zünden!

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Lebenslanges Lernen
53170 Bonn
www.bmbf.de

Bestellungen

schriftlich an den Herausgeber
Postfach 30 02 35
53182 Bonn

oder per

Tel.: 01805 - 262 302

Fax: 01805 - 262 303 (0,14 Euro/Min. aus dem deutschen
Festnetz)

E-Mail: books@bmbf.bund.de

Internet: <http://www.bmbf.de/>

Redaktion

Projekträger des BMBF im
Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt
Heinrich-Konen-Straße 1, 53227 Bonn
www.lernen-vor-ort.info

Texte

BMBF und Programmstelle „Lernen vor Ort“, außer S. 3-6:
Texte Agentur für Bildung, Stephan Lüke, Bonn und familien-
text.de, Inge Michels, Bonn

Gestaltung

A&O Kommunikationsagentur GmbH, Mülheim an der Ruhr

Druckerei

Richard Thierbach Buch- und Offset-Druckerei GmbH
Gedruckt auf Recyclingpapier
Bonn, Berlin 2009

Bildnachweis

Titelbild: Helliwood media & education, Berlin

Bonn, Berlin 2009



EUROPÄISCHE UNION

Das Programm „Lernen vor Ort“ wird aus Mitteln des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der
Europäischen Union gefördert.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Lernen vor Ort

Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen

Lernen vor Ort

**Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen**

Vorwort

Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen Deutschlands. Das Bildungsniveau der Bürgerinnen und Bürger wird immer mehr zum entscheidenden Standortfaktor, denn gut ausgebildete und sich weiterbildende Menschen tragen zur sozialen Stabilität und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen bei.

Diesem Umstand trägt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ Rechnung. Das Ziel ist, Innovationsimpulse für mehr und bessere Bildung in allen Lebensbereichen zu geben. Um dort anzusetzen, wo Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf stattfinden – in den Kommunen, im Stadtteil, in der Gemeinde, also vor Ort –, startet das BMBF gemeinsam mit deutschen Stiftungen eine in dieser Dimension einzigartige öffentlich-private Partnerschaft.

Bisher sind 29 öffentliche und private Stiftungen dem bundesweiten Stiftungsverbund beigetreten. Dieser Verbund sowie nahezu 80 örtliche Stiftungen werden die Kommunen im Rahmen von Partnerschaften bei der Umsetzung ihrer anspruchsvollen Ideen unterstützen. Die Stiftungen werden mit ihrer Expertise Impulse für Innovationen im Bildungsbereich geben. Sie können wichtige Beiträge für die Nachhaltigkeit der neuen Kooperationsformen und für ein kohärentes Bildungsmanagement vor Ort leisten.

So bündelt das Programm „Lernen vor Ort“, an dessen Steuerung auch die Länder und die kommunalen Spitzenverbände beteiligt sind, bundesweit das Innovationspotenzial zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Bildungswesen mit einem besonders erfolgversprechenden Kooperationsmodell.

Mit dem Programm „Lernen vor Ort“ werden Anreize für Kreise und kreisfreie Städte geschaffen, ein kommunales Bildungsmanagement zu entwickeln und zu verwirklichen. Dabei werden 40 Kommunen dabei unterstützt, die unterschiedlichen und oft nebeneinander agierenden Bildungsbereiche von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung in der nachberuflichen Lebensphase besser zu verknüpfen und die bereits bestehenden Ansätze zu einem ganzheitlichen Bildungsmanagement weiter

auszubauen. Für viele Kommunen ist dies eine folgerichtige Weiterentwicklung, die nun durch das Programm „Lernen vor Ort“ einen entscheidenden Entwicklungsimpuls erhält. Das zeigt sich auch an der großen Resonanz auf die Förderrichtlinien: Rund ein Drittel aller bundesdeutschen Kreise und kreisfreien Städte hat sich im Anschluss an die Förderbekanntmachung im Oktober 2008 mit Projektanträgen beworben.

In den kommenden drei Jahren und mit der Option auf eine Verlängerung um weitere zwei Jahre werden die ausgewählten Kommunen aus allen Regionen Deutschlands neben dem Kommunalen Bildungsmanagement vor allem auch neue Strategien für das Bildungsmonitoring, die Bildungsberatung und für ein besseres Gelingen von Bildungsübergängen entwickeln. Besonders spannend und bildungspolitisch bedeutsam ist dabei gerade die Vielfalt der Strategien, die aufgrund der sehr unterschiedlichen regionalen Ausgangslagen in den Städten und Kreisen notwendig sind.

Zur Bekanntmachung der durch die Jury für eine Förderung im Programm „Lernen vor Ort“ empfohlenen 40 Kommunen werden in dieser Broschüre die wesentlichen Eckpunkte des Programms vorgestellt.

Inhalt

Vorwort	
Gemeinsames Engagement für eine gute Bildung	3
Teilnehmende Kommunen	7
Stiftungspatenschaften für Bildungsinnovationen vor Ort	12
Beteiligte Stiftungen	15

Gemeinsames Engagement für eine gute Bildung

Der von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schavan, einberufene Innovationskreis Weiterbildung hat im März 2008 Empfehlungen für eine Strategie zur Gestaltung des Lernens im Lebenslauf präsentiert. Eine dieser Empfehlungen lautet: „Bildung ist ein zentraler Motor für die Regionalentwicklung. Regionen müssen darin unterstützt werden, integrierte, regionale Bildungskonzepte zu entwickeln, die die Gesamtbio-graphie der Individuen und das Lernen im Lebenslauf in den Fokus nehmen.“ Dies entspricht auch den Vorstellungen der Kommunen, wie es z. B. der Deutsche Städtetag, in seiner „Aachener Erklärung“ zum Ausdruck gebracht hat.

Bundesweit gibt es Übereinstimmung darin, dass das Bildungsniveau, die Lernfähigkeit und die Beschäftigungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger entscheidende Faktoren für die wirtschaftliche und für die soziale Entwicklung der Kommunen sind. Gut ausgebildete, kreative und fantasievolle Menschen tragen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts in einer jeden Kommune bei.

Hier setzt das Programm „Lernen vor Ort“ an. Bis 2012 fördert das Programm in 40 ausgewählten Kreisen und kreisfreien Städten den Aufbau eines modellhaften lokalen Bildungsmanagements zur besseren Verzahnung bestehender Angebote und Institutionen. „Lernen vor Ort“ ist ein Strukturprogramm, in dem es nicht um zusätzliche Projekte, sondern um Bündelung guter Ansätze zu einem stimmigen, für alle Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglichen Gesamtsystem geht. Das kommunale Bildungsmanagement soll eine ressortübergreifende Steuerung unter Beteiligung aller Bildungsakteure ermöglichen und das bürgerschaftliche Engagement einbeziehen. Dabei geht es nicht darum, bestehende Zuständigkeiten in Frage zu stellen, sondern die Verantwortung für eine bestmögliche Bildung der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam wahrzunehmen.

Im Rahmen des Programms stehen den Kommunen zahlreiche Stiftungen als innovative und starke Partner zur Seite. Sowohl der nationale Stiftungsverbund „Lernen vor Ort“, der mit seinen bisher 29 Mitgliedern Partner des BMBF in der Programmsteuerung ist, als auch die mehr als 77 örtlichen Stiftungen unterstützen die beteiligten Kommunen

mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen, ihren Netzwerken und Kontakten. Damit ist zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger eine in dieser Dimension einzigartige öffentlich-private Lernpartnerschaft entstanden, in der bürgerschaftliches Engagement für eine bessere Bildung nachhaltig wirksam werden kann.

Gemeinsame Verantwortung für die Bildung vor Ort

Unter dem Motto „Aufstieg durch Bildung“ startete die Bundesregierung ihre Qualifizierungsinitiative für verstärkte Bildungschancen von der frühen Kindheit an bis zur Weiterbildung in den späten Lebensjahren des Erwachsenen. Insbesondere die Übergänge in den individuellen Lernbiographien sollen optimiert werden, damit Übergänge zu Brücken werden und keine Brüche verursachen. Im Programm „Lernen vor Ort“ geht es deshalb darum, ein überschaubares kommunales Bildungssystem zu entwickeln, dessen Teile systematisch aufeinander abgestimmt sind und das erfolgreiche Bildungswege für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

Dabei sind die übergreifenden Ziele des Programms klar definiert:

- Erhöhung der Bildungsbeteiligung,
- Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Qualitative und quantitative Verbesserung der Angebotsstrukturen im Sinne einer stärkeren Bedarfsorientierung,
- Verbesserung der Transparenz von Bildungsangeboten,
- Verbesserung der Bildungszugänge,
- Verbesserung der Bildungsübergänge zwischen einzelnen Bildungsphasen,
- Stärkung einer demokratischen Kultur,
- Bewältigung des demografischen Wandels.

Um diese Ziele zu erreichen, ist ressortübergreifendes Planen und Handeln innerhalb der Stadt- bzw. Kreisverwaltungen nötig, d. h. alle relevanten kommunalen Dezernate, Ämter und Abteilungen sind zu beteiligen. Dazu gehören die Bereiche Schule, Jugend und Soziales genauso wie Kultur, Stadtentwicklung oder Wirtschaft. Zugleich müssen Kommune und Land als staatliche Bildungsakteure ihre Verantwortung für die Bildung vor Ort auch gemeinsam wahrnehmen. Dabei sind die bildungs-

relevanten Partner wie Kammern, Gewerkschaften, Wirtschaft, Universitäten, Arbeitsverwaltung, Vereine und andere Bildungsträger in die Gestaltung der jeweiligen Teilbereiche einzubeziehen. Zusammen mit den beteiligten Stiftungen entsteht somit eine bedeutende Bündelung der gesellschaftlichen Kräfte, die die Weichen für eine erfolgreiche Gestaltung von Bildungsbiographien „vor Ort“ neu stellen kann.

Skizzen aus 150 Kreisen und kreisfreien Städten wurden im Januar 2009 beim Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, welcher gemeinsam mit der Geschäftsstelle des Stiftungsverbands die Programmstelle „Lernen vor Ort“ bildet, eingereicht. Damit haben mehr als ein Drittel aller antragsberechtigten Kommunen im Bundesgebiet Interesse gezeigt, sich am Programm „Lernen vor Ort“ zu beteiligen. 59 davon kamen in die Vorauswahl und 40 Kommunen werden im September 2009 in die dreijährige Programmlaufzeit starten. Hierfür werden rund 60 Millionen Euro vom BMBF und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung gestellt. Um nachhaltige Wirkungen über den Förderzeitraum hinaus zu erzielen, haben die Kommunen in ihren Anträgen dargelegt, wie die erprobten Steuerungsstrukturen nach Programmende fortgeführt werden könnten. Die Kommunen waren gefordert, Nachhaltigkeit von Anfang an mitzudenken und eine entsprechende Strategie zu entwickeln.

Um interessierten, aber nicht geförderten Kommunen eine Teilhabe an den Ergebnissen und Erkenntnissen der Programmarbeit zu ermöglichen, wurden bei der Auswahl nur solche Konzepte berücksichtigt, die auf Kommunen ähnlichen Zuschnitts übertragbar sind. Von diesen Ergebnissen und Lösungsstrategien sollen über offene Themenworkshops sowie über bundesweite Statuskonferenzen möglichst rasch alle Kommunen in Deutschland profitieren können.

Abgestimmte und verzahnte Handlungsfelder

Das Programm bewegt sich in einem weit gefassten Spannungsfeld. Zum einen geht es um den einzelnen Menschen, der unabhängig von sozialer Herkunft und Alter die Möglichkeit erhalten soll, seine individuelle Bildungsbiographie erfolgreich zu gestalten. Zum anderen geht es um fest etablierte Zuständigkeits- und Verwaltungsstrukturen,

die angesichts dieses ganzheitlichen Ansatzes neu gedacht und zugunsten ressortübergreifenden Handelns und gemeinsamer Verantwortungswahrnehmung weiter entwickelt werden sollen. Auf der einen Seite sollen vielfältige, stark ausdifferenzierte, aber wenig aufeinander bezogene Bildungsangebote, wie sie in vielen Städten und Gemeinden anzutreffen sind, strukturiert und koordiniert werden. Auf der anderen Seite sind Kommunen gefordert, ihr kohärentes Bildungswesen flächendeckend, auch in die ländlichen Regionen zu tragen, entsprechende Angebote weiterzuentwickeln, zu erproben und für alle Bürgerinnen und Bürger zu etablieren.

Bei der Umsetzung ihrer Vorhaben sind die Kommunen gehalten, innerhalb von vorgegebenen Innovationsfeldern zu agieren, dabei aber ihre unterschiedlichen regionalen Ausgangslagen zu berücksichtigen. Diese Innovationsfelder stellen einen klaren Handlungsrahmen dar. Vier grundlegende Aktionsfelder bilden den Kern des Programms:

- Kommunales Bildungsmanagement,
- Kommunales Bildungsmonitoring,
- Bildungsberatung und
- Bildungsübergänge.

Insbesondere bei den beiden letzteren Aktionsfeldern sollen die Kommunen auf erprobte Instrumente und Modelle aus Vorgängerprogrammen des BMBF, wie „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“, zurückgreifen.

Kommunales Bildungsmanagement

Ein Erfolg versprechendes Bildungsmanagement hat die Aufgabe, die vielfältigen Bildungs- und Beratungsangebote sowie die zahlreichen Initiativen in den verschiedenen Aktionsfeldern aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Durch geeignete Organisationsformen sind die Prozesse zielgerichtet zu steuern. Dabei muss ein kohärentes kommunales Bildungsmanagement die unterschiedlichen Zuständigkeits- und Handlungsebenen integrieren:

- Innerhalb der Kommunalverwaltung muss Bildung als Querschnittsaufgabe verstanden werden, d. h. die Arbeitsweisen der verschiedenen Dezernate und Fachbereiche sind untereinander abzustimmen.
- Auf der kommunal-staatlichen Ebene geht es

um Abstimmung und Verzahnung bisher isolierter Handlungsstränge, d. h. unter Wahrung der Zuständigkeiten muss die Bildungsverantwortung gemeinsam wahrgenommen werden.

- Die nicht-staatlichen, örtlich relevanten Bildungsakteure müssen themengebunden in die Planungen für ein stimmiges Bildungswesen vor Ort einbezogen werden.

Dieser Managementansatz steht über den Interessen einzelner Bildungsinstitutionen. Er dient vor allem dazu, die unterschiedlichen Zuständigkeiten für die Bildung in der Region zusammenzuführen. Damit wird die Qualität der Bildungsangebote vor Ort gestärkt, das Erreichen von Zielgruppen verbessert und das Zusammenwirken der Akteure erleichtert.

Kommunales Bildungsmonitoring

Ein gutes Bildungsmanagement basiert auf klaren Fakten, welche mit rationalen Messverfahren erfasst und regelmäßig in einem Berichtssystem dargestellt werden. Die standortspezifische Analyse vorliegender Daten legt die Wirkungen der vielfältigen Bildungs- und Beratungsangebote in allen Bereichen der Bildung offen und macht Handlungsbedarfe deutlich. Das BMBF stellt ein Instrumentarium für Bildungsmonitoring zur Verfügung, das die Datenbereitstellung anhand eines erprobten Indikatorensets, Anleitung zur Erhebung weiterer Daten und im Verlauf des Programms ein EDV-Instrument für professionelles Bildungsmonitoring enthält. Der Prozess der Berichterstattung und des Monitorings wird von den Kommunen eigenverantwortlich gesteuert. Dabei erhalten die Städte und Kreise im Rahmen des Programms umfassende Qualifizierung und Beratung zur Anwendung des Instrumentariums und zur Einbettung des Bildungsmonitorings in eine lokale Bildungsstrategie.

Bildungsberatung

Die verschiedenen, bereits vorhandenen Systeme der Bildungsberatung müssen besser miteinander verknüpft und ausgebaut werden. Ein ganzheitliches, neutrales, auf kommunaler Ebene koordiniertes Beratungssystem macht allen Bürgerinnen und Bürgern in jeder Entwicklungs- und Altersstufe den Zugang zu den vielfältigen Bildungsangeboten leichter und schafft die notwendige

Transparenz. Dabei soll das beratende Personal nach trägerübergreifenden Qualitätsstandards qualifiziert sein.

Die örtliche Bildungsberatung muss dazu beitragen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger an jeder Bildungsstation in der individuellen Biographie darin unterstützt wird, Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsentscheidungen auf einer gut vorbereiteten Informationsbasis eigenständig treffen zu können. Dabei haben die teilnehmenden Kommunen verschiedene, teilweise sehr originelle Organisationsformen geplant, die – in Kooperation mit allen in der Beratung tätigen externen Institutionen (Arbeitsagentur, Kammern, etc.) – durch mobile, aufsuchende und mit einem ansprechenden Marketing verknüpfte Beratungsservices leichte Zugänge zu Bildung für alle ermöglichen.

Bildungsübergänge

Die Menschen vor Ort müssen die zunehmend komplexer werdenden Bildungsübergänge, etwa von der Kindertagesstätte in die Schule, von der Schule in den Beruf, von einem Beruf in einen anderen, von einer Qualifizierungsmaßnahme in eine berufliche Tätigkeit und von dort etwa in eine Karriere fördernde Fortbildung erfolgreich meistern können. Verluste an den Schnittstellen des Bildungswesens müssen vermieden werden, so dass eine Bildungsbiographie ohne Brüche keine Vision bleibt. Die fehlende Abstimmung der oft sehr unterschiedlichen pädagogischen Konzepte, Unklarheit über die teilweise unterschiedlichen Zielsetzungen, die bisweilen bruchstückhaften Informationen über alternative Bildungswege und Bildungsangebote sowie eine oftmals unsystematische Bildungsberatung stehen der erfolgreichen Gestaltung der eigenen Bildungsbiographie häufig im Wege.

Im Vordergrund steht das Management der Schnittstellen zwischen den verschiedenen Lebensphasen, Bildungsphasen und Bildungsinstitutionen. Ein gelingendes Übergangmanagement schließt ein, dass Kompetenzen, die in der einen Institution oder während der einen Phase entwickelt wurden, in der nächsten Institution bzw. in der nächsten Phase aufgenommen und weiterentwickelt werden. Es muss sich sowohl an den individuellen Biographien orientieren, als auch die regionalen Bedarfslagen im Blick haben.

Regionale Schwerpunktsetzung

Das Programm „Lernen vor Ort“ zielt auf Strukturbildung und Reorganisation, damit das Bildungswesen vor Ort in seinen Teilbereichen systematisch aufeinander abgestimmt ist. Diese Strukturentwicklung orientiert sich an regionalspezifischen Herausforderungen. Das Programm sieht deshalb fünf weitere Aktionsfelder vor :

- Demografischer Wandel,
- Integration und Diversitätsmanagement,
- Familienbildung / Elternarbeit,
- Demokratie und Kultur,
- Wirtschaft, Technik, Umwelt und Wissenschaft.

Aus diesen weiteren Aktionsfeldern haben die geförderten Kommunen jeweils zwei, die für ihre Region besonders relevant sind, ausgewählt. Diese weiteren Aktionsfelder können ebenso wie die verpflichtenden Aufgabenfelder nicht isoliert betrachtet werden. Vielmehr sind sie integraler Bestandteil eines übergreifenden kommunalen Bildungskonzeptes. So wird eine Kommune, die beispielsweise Integration / Diversitätsmanagement gewählt hat, nicht nur ihr Bildungsmanagement entsprechend fokussieren. Sie wird auch innerhalb der Bereiche Bildungsmonitoring, Bildungsberatung und Bildungsübergänge der Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund verstärkte Aufmerksamkeit widmen und spezielle Modelle entwickeln und erproben, um diese Menschen besser zu erreichen und ihnen bessere Zugänge zur Bildung zu ermöglichen. Je nach Arbeitsschwerpunkt bringen sich die Stiftungen auch an dieser Stelle ein und übernehmen Themenpatenschaften, um interessierten Kommunen ihre Expertise und ihnen Know-how zur Verfügung zu stellen.

Gute Modelle entwickeln – und in die Fläche übertragen

Um die am Programm teilnehmenden Kommunen in der Entwicklung ihrer anspruchsvollen Modelle zu unterstützen und nichtteilnehmenden Kommunen zu ermöglichen, auch von den Innovationen des Programms zu profitieren, plant das BMBF in Kooperation mit den Stiftungen und weiteren Partnern die Organisation eines dichten Netzes programmweiter Veranstaltungen.

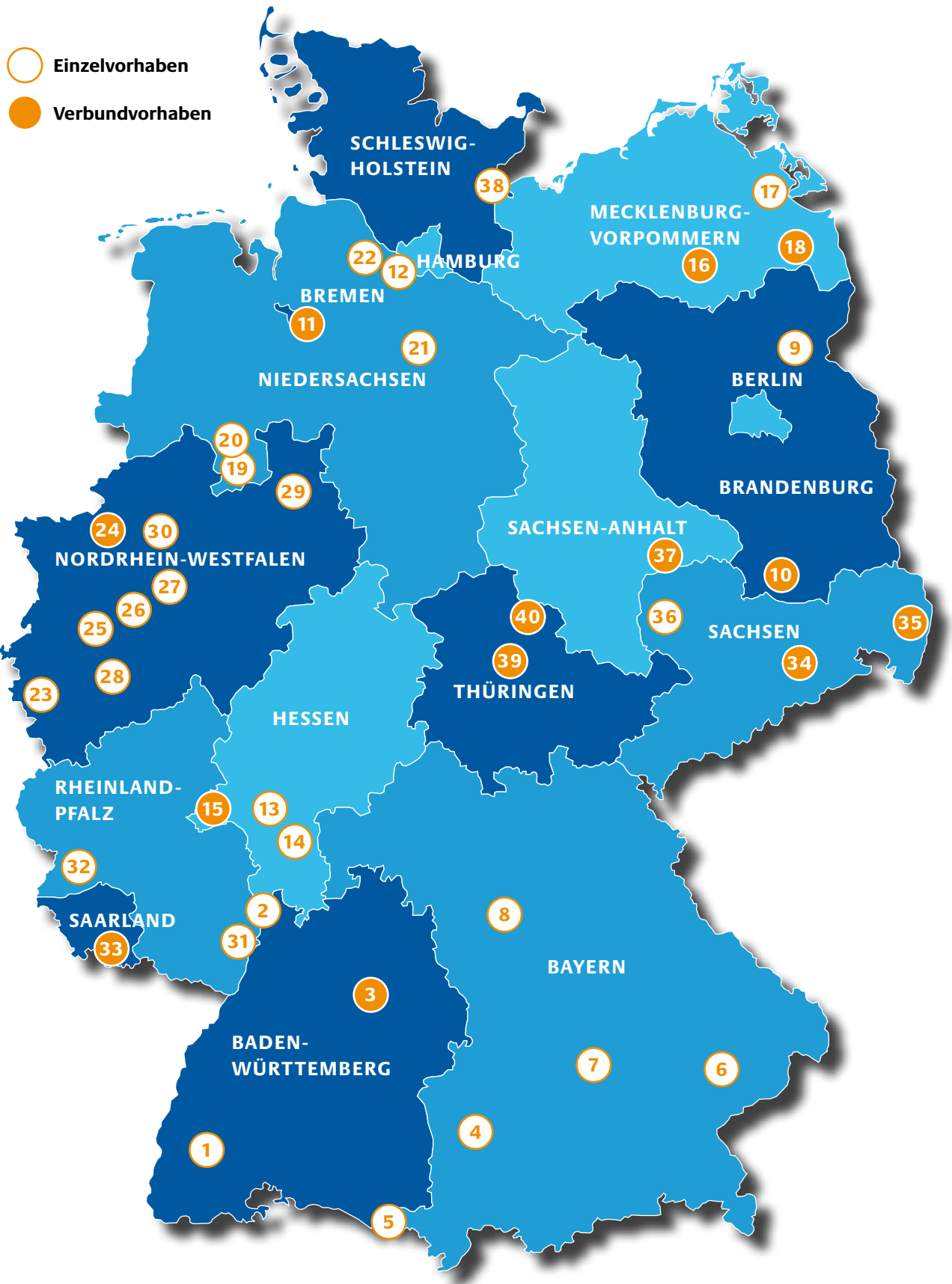
In regelmäßig stattfindenden Fachforen, die sich an den Aktionsfeldern orientieren, werden Erfahrungen aus der Modellentwicklung ausgetauscht; Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der fachlichen oder kommunalen Praxis unterstützen den Reflexionsprozess systematisch, um Modelle „guter Praxis“ zu identifizieren und für den Transfer in ungeforderte Kommunen aufzubereiten. Jährliche Statuskonferenzen werden alle Beteiligten zusammenbringen und das öffentliche Bewusstsein für ein „Lernen vor Ort“ im kommunalen Kontext fördern.

Verschiedene Formate von Veröffentlichungen – Filmbeiträge, Magazine, praxisrelevante Handreichungen und Internetpräsenz – flankieren diese Strategie für Öffentlichkeitsarbeit und Modelltransfer.

Ein Perspektivwechsel ist eingeleitet

Noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hat es ein vergleichbares Bündnis von Bund, Ländern, Kommunen und Akteuren der Zivilgesellschaft gegeben. Für die Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften gibt es zwar kein Patentrezept. Differenziert in der Umsetzung und klar in der Orientierung eröffnet „Lernen vor Ort“ jedoch Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Institutionen eine konkrete Perspektive, wie Bildung Standorte stärken und im sozialen Nahraum eingebettet und erlebt werden kann.

Der Perspektivwechsel im Bildungswesen ist somit eingeleitet, das Knüpfen innovativer ressortübergreifender Bildungsnetzwerke hat begonnen. Miteinander kooperierende Bildungsinstitutionen, Optimierung der Bildungsinfrastruktur und eine stärkere Einbindung des Bildungsgedankens in die kommunale Entwicklungsplanung dienen nun dem Ziel, Menschen zum Lernen im Lebenslauf zu ermuntern und ihnen dafür alle Unterstützung zu geben, die sie benötigen.



Teilnehmende Kommunen

Baden-Württemberg



Stadt Freiburg im Breisgau

1



Stadt Mannheim

2



Rems-Murr-Kreis

3

Bayern



Stadt Kaufbeuren

4



Landkreis Lindau (Bodensee)

5



Landkreis Mühldorf am Inn

6



Landeshauptstadt München

7



Stadt Nürnberg

8

Brandenburg



Landkreis Barnim

9



Landkreis Elbe-Elster

10

Bremen



Freie Hansestadt Bremen

11

Hamburg



Freie und Hansestadt Hamburg 12

Hessen



Stadt Frankfurt am Main 13



Stadt Offenbach 14



Rheingau-Taunus-Kreis 15

Mecklenburg-Vorpommern



Landkreis Müritz 16



Landkreis Ostvorpommern 17



Landkreis Uecker-Randow 18

Niedersachsen



Stadt Osnabrück 19



Landkreis Osnabrück 20



Landkreis Soltau-Fallingb. 21



Landkreis Stade 22

Nordrhein-Westfalen

Stadt Aachen
für die StädteRegion Aachen

23



Kreis Borken

24



Stadt Duisburg

25



Stadt Essen

26



Stadt Herne

27



Stadt Köln

28



Kreis Lippe

29



Kreis Recklinghausen

30

Rheinland-Pfalz

Stadt Speyer

31



Stadt Trier

32

Saarland

Regionalverband Saarbrücken

33

Sachsen		Landeshauptstadt Dresden	34
		Landkreis Görlitz	35
		Stadt Leipzig	36
Sachsen-Anhalt		Stadt Dessau-Roßlau	37
Schleswig-Holstein		Hansestadt Lübeck	38
Thüringen		Stadt Erfurt	39
		Kyffhäuserkreis	40

Stiftungspatenschaften für Bildungsinnovationen vor Ort

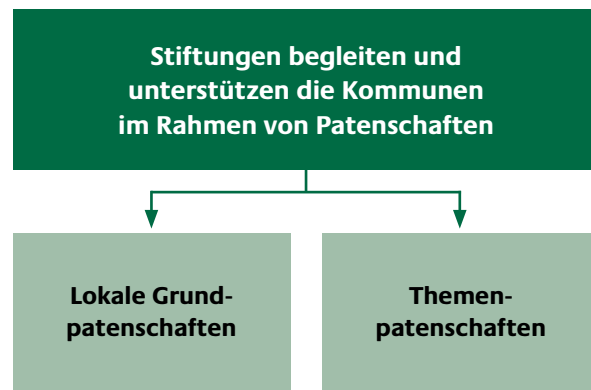
Mit dem Programm „Lernen vor Ort“ werden 40 ausgewählte Kommunen ab September 2009 darin bestärkt, vor Ort ein stimmiges und integriertes System für lebenslanges Lernen zu entwickeln, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Bildungsbiographien erfolgreich gestalten können. Ein kohärentes Bildungsmanagement soll dazu beitragen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vor Ort zu sichern und die fragmentarisierten Zuständigkeiten staatlicher und nicht-staatlicher Akteure in einer Verantwortungsgemeinschaft zusammenzuführen. Das Programm „Lernen vor Ort“ ist das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit deutschen Stiftungen. Eine Besonderheit des Programms „Lernen vor Ort“ besteht darin, dass schon bei seiner Planung das zivilgesellschaftliche Engagement in Form von zahlreichen deutschen Stiftungen einbezogen wurde. Bei der Durchführung des Programms stehen 106 Stiftungen den Kommunen unterstützend zur Seite, damit ein stimmiges System von der Familienbildung über die schulische und berufliche Bildung bis hin zur Hochschul- und Erwachsenenbildung entwickelt wird. So konnte eine in dieser Größenordnung einzigartige öffentlich-private Partnerschaft entstehen. Stiftungen sind wichtiger Teil des organisierten bürgerschaftlichen Engagements; sie sind in der Lage, die Zivilgesellschaft für eine bessere Gestaltung des Bildungswesens vor Ort zu mobilisieren.

Stiftungen sind unabhängige Partner für Bildungsinnovationen

Stiftungen haben als Akteure der Zivilgesellschaft gezeigt, dass sie ihre Unabhängigkeit zu nutzen verstehen, um neue Wege als Impulsgeber für Bildungsinnovationen zu beschreiten. Sie haben in den letzten Jahren viele wichtige Bildungsthemen vorangebracht, von der frühkindlichen Bildung bis zur Zuwandererintegration. Dabei basiert die erfolgreiche Arbeit der Stiftungen immer auf Kooperation mit verantwortlichen Akteuren. Stiftungen sind an ihren Standorten bestens vernetzt und haben eine gute Kenntnis der örtlichen Bildungslandschaft. Dabei geht es nicht darum, ob und in welcher Höhe Stiftungen finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Sie stellen ihr Know-how und ihre Erfahrungen im Management von Projekten, in der Prozessberatung und in der Erarbeitung in-

novativer Ideen jenseits des staatlich-kommunalen Zuständigkeitsdenkens den geförderten Kommunen zur Verfügung. Damit entsteht eine fruchtbare Lerngemeinschaft zwischen Stiftungen, Kommunen, den Länderministerien und dem BMBF zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger.

Die Unterstützung durch die Stiftungen kann sich in lokalen Grundpatenschaften oder in Themenpatenschaften ausdrücken, die zwischen den Stiftungen und den interessierten Kommunen vereinbart werden. Dabei wird jede beteiligte Kommune mindestens eine Stiftung als Grundpatin an ihrer Seite haben.



Lokale Grundpatenschaften zielen darauf ab, die geförderte Kommune in ihrem ganzheitlichen Entwicklungsprozess im Bildungsbereich zu begleiten und zu unterstützen. Grundpatenschaften sollen

Lokale Grundpatenschaften

- **werden zwischen einzelnen Kommunen und Stiftungen vereinbart,**
- **beziehen sich auf den ganzheitlichen Entwicklungs- und Umsetzungsprozess vor Ort,**
- **bedeuten, dass die Paten-Stiftung**
 - › **als unabhängige Moderatorin wirkt,**
 - › **ihre Expertise einbringt,**
 - › **ihre Erfahrungen in nachhaltiger Entwicklungsarbeit weitergibt und**
 - › **beim Aufbau weiterer öffentlich-privater Partnerschaften hilft.**

dazu beitragen, die Nachhaltigkeit des begonnenen Prozesses in der Weiterentwicklung des örtlichen Bildungswesens sicher gestellt werden kann.

Durch Themenpatenschaften werden Unterstützungsleistungen von Stiftungen vereinbart, die über große Erfahrungen in Innovationsschwerpunkten des Programms verfügen. Diese Stiftungen haben ihre Bereitschaft signalisiert, interessierten Kommunen bei ihrer thematischen Entwicklungsarbeit zu helfen. Stiftungen, die eine Themenpatenschaft anbieten, wirken bei der lokalen Verankerung sowie bei der Weiterentwicklung des Themenbereiches mit.

Themenpatenschaften

- **werden programmweit den Kommunen angeboten oder mit einzelnen Kommunen vereinbart,**
- **resultieren aus den Arbeitsschwerpunkten der Stiftungen,**
- **bedeuten, dass die Paten-Stiftungen**
 - › **erfolgreiche Themenbausteine bekannt machen und zur Verfügung stellen,**
 - › **ihre Expertise einbringen,**
 - › **an der nachhaltigen Verankerung und Weiterentwicklung des Konzeptes mitwirken.**

Nationaler Stiftungsverbund ist Partner des BMBF

Auf nationaler Ebene haben beteiligte Stiftungen den Stiftungsverbund „Lernen vor Ort“ gegründet. Ihm gehören inzwischen 29 private und öffentliche Stiftungen unterschiedlicher Größe an, die im Bildungsbereich über große Erfahrungen verfügen und zivilgesellschaftliche Unabhängigkeit sowie Innovationsfähigkeit mitbringen. Eine Geschäftsstelle koordiniert die Arbeit des Verbundes. Der Verbund wird im Verlauf des Programms weitere Stiftungen aufnehmen, die eine Grundpatenschaft übernehmen oder programmweite Themenpatenschaften anbieten. Im Stiftungsverbund werden die Erfahrungen ausgetauscht und die notwendigen Absprachen getroffen, die zu einer optimalen Un-

terstützung und Begleitung aller Standorte erforderlich sind. Der Verbund ist die Koordinierungsstelle für die lokalen Unterstützungen und zugleich Partner des BMBF bei der strategischen Steuerung des Programms.

Lokale Stiftungsverbünde sind Partner der Kommunen

Die Grundpatenschaft für eine geförderte Kommune kann auch durch mehrere örtliche Stiftungen wahrgenommen werden, die allein oder unter Beteiligung einer überregional agierenden Stiftung diese Aufgabe wahrnehmen. Sie bilden zusammen einen lokalen Stiftungsverbund. Damit konnte bereits zu Beginn des Programms in zahlreichen Kommunen ein wesentlicher Grundstein für eine nachhaltige Partnerschaft gelegt werden, so dass das bürgerschaftliche Engagement vor Ort dauerhaft an der Gestaltung des örtlichen Bildungswesens beteiligt ist. Bereits vor dem Start des Programms haben sich in 13 Kommunen lokale Stiftungsverbünde mit drei bis neun örtlichen Stiftungen gegründet. Die unterschiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen der Stiftungen sowie ihre zur Verfügung stehenden Ressourcen wurden zugunsten einer geschlossenen Unterstützung des Programms „Lernen vor Ort“ in der Kommune gebündelt, ohne dass die Stiftungen ihr eigenes Profil aufgegeben haben. Eine dieser beteiligten örtlichen Stiftungen vertritt den lokalen Stiftungsverbund im Verbund der Stiftungen auf nationaler Ebene und sichert so die Teilhabe am Erfahrungsaustausch und am Wissenstransfer der anderen Stiftungen. Neben den 29 Mitgliedern des nationalen Stiftungsverbundes haben sich bis zum heutigen Tag zusätzlich 77 kleine, mittlere und große Stiftungen bereit erklärt, sich an den Aufgaben lokaler Grundpatenschaften aktiv zu beteiligen.

Kooperationen bieten auch Chancen für die Stiftungen

Die aktive Mitarbeit der örtlichen und überörtlich agierenden Stiftungen im Programm „Lernen vor Ort“ bietet große Chancen: Hier entsteht eine Zusammenarbeit neuer Dimension und Systematik, in der die Stiftungen lernen, bei aller Verschiedenheit der einzelnen Profile und Methoden gleichwohl systematisch in den geförderten Kommunen – d. h.

sichtbar, konkret, nachvollziehbar – in der Bildungsinnovation zusammenzuarbeiten. Hier kann ein Bildungsnetzwerk entstehen, das erprobte Lösungen zu einer Vielzahl von zentralen Bildungsthemen anbietet und dadurch eine neuartige Schubkraft für Innovation gewinnt, die über die Wirkung einzelner Stiftungen hinausgeht. Systematische Kooperationen mit Kommunen und mit anderen Stiftungen sind oft auch für die beteiligten Stiftungen neu. Sie werden jedoch dazu führen, dass auch Stiftungen gestärkt aus dieser Zusammenarbeit hervorgehen.

Der Stiftungsverbund kann selbst Ideenreichtum, neuartige Kombinationen und Kooperationen, d. h. Kreativität entfalten. Die Zusammenarbeit mit dem BMBF und den Kommunen macht es möglich, dass die erfolgreiche Bildungsarbeit der Stiftungen systematischer als bisher mit öffentlichen Anstrengungen verknüpft wird und dadurch in der Fläche und in der Tiefe eine größere Wirkung entfaltet. Stiftungshandeln kann deutlich wirksamer sein, wenn es mit staatlich-kommunalem Handeln verbunden wird.

Die Erfahrungen zeigen, dass Stiftungen wichtige Impulse für neue Entwicklungen setzen können, wenn ihnen zweierlei gelingt: Einerseits ihre Position als zivilgesellschaftliche Akteure zu nutzen, um die brennenden gesellschaftlichen Fragen aufzuspüren, die viele Menschen bewegen und andererseits mutig voranzuschreiten, wenn es darum geht, neue Lösungen zu entwickeln, die der Zeit und den politischen Entscheidungsprozessen einen Schritt voraus sind.

Fazit

„Lernen vor Ort“ wird wichtige Impulse für die Entwicklung und Umsetzung eines an den individuellen Bildungsbiographien orientierten Konzeptes für das Lernen im Lebenslauf geben. Stiftungen sind beteiligt und somit können wertvolle Erfahrungen beim Aufbau eines stimmigen Bildungsmanagements vor Ort gewonnen und Strukturen für eine sinnvolle Kooperation und Vernetzung innerhalb der Kommune erprobt werden. Dadurch werden die Grundlagen für die Nachhaltigkeit der Entwicklung gelegt. Da Kommunen unterschiedlicher Größe und Struktur gefördert werden, können die erprobten Konzepte auf andere Kommunen übertragen werden.

Eine konsensorientierte Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Ländern sowie eine enge und kommunal koordinierte Verzahnung mit den nicht-staatlichen Einrichtungen des regionalen Bildungssystems machen eine Überwindung des Zuständigkeitsdenkens zugunsten einer Verantwortungsgemeinschaft möglich.

Die Kooperation der Stiftungen untereinander sowie der Transfer ihrer sehr unterschiedlichen Erfahrungen eröffnet die Chance, dass die Zivilgesellschaft gestärkt wird und sich in die Gestaltung des lokalen Bildungswesens einbringt.

„Lernen vor Ort“ ist ein Programm, das zur rechten Zeit die Interessen und Wünsche aller Beteiligten aufgreift. Es bietet viele Gestaltungschancen, die von Kommunen und Stiftungen aufgegriffen wurden.

Bisher beteiligen sich 106 Stiftungen am Programm

In der nachfolgenden Übersicht sind zunächst die 29 Mitglieder des nationalen Stiftungsverbundes aufgeführt.

Die Ausführungen geben den heutigen Stand wieder. Dem nationalen Stiftungsverbund und den lokalen Stiftungsverbänden werden im Verlauf des Programms zusätzliche Stiftungen beitreten. In weiteren Kommunen wird die Gründung lokaler Stiftungsverbände vorbereitet.

Beteiligte Stiftungen



Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.



Alfried Krupp von Bohlen und Halbach -Stiftung



Bertelsmann Stiftung



Breuninger Stiftung



Bürgerstiftung Duisburg gemeinnützige AG



DBU - Deutsche Bundesstiftung Umwelt



Deutsche Bank Stiftung



Deutsche BP Stiftung



Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)



Deutsche Telekom Stiftung



Eberhard von Kuenheim Stiftung der BMW AG



Freudenberg Stiftung

FREUDENBERG
STIFTUNG



Haspa Hamburg Stiftung

Haspa Hamburg Stiftung



Hertener Bürgerstiftung

Körper-Stiftung

 **Körper-STIFTUNG**
Forum für Impulse

medienstiftung
der sparkasse leipzig

Medienstiftung der Sparkasse Leipzig

Peter Gläsel Stiftung



RheinEnergieStiftungen

RheinEnergie
Stiftung | Kultur
Familie
Jugend | Beruf
Wissenschaft

Roland Berger Stiftung

ROLAND BERGER
STIFTUNG

Schader-Stiftung

schader stiftung | gesellschaftswissenschaften <-> praxis

Software AG – Stiftung

 **Software AG**
Stiftung

Stiftung Bildung & Handwerk



Stiftung Bildung für Thüringen



Stiftung IBZ St. Marienthal



Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main



Stiftung Standortsicherung Kreis Lippe



TUI Stiftung



Vodafone Stiftung Deutschland



VolkswagenStiftung



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

